

27.11.2019

Kreis Coesfeld
Landrat Dr. Christan Schulze Pellengahr
Friedrich-Ebert-Straße 7
48653 Coesfeld

per e-mail

Dr. Josef Gochermann
Vorsitzender des Ausschuss für Finanzen,
Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

per e-mail



Bündnis 90/Die Grünen Kreistagsfraktion
Coesfeld

Tiberstraße 43
48249 Dülmen

mobil: 01608074051
norbert.vogelpohl@gruene-coe.de
www.gruene-coe.de

Vereinsgründung zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Coesfeld

Sehr geehrter Herr Dr. Schulze-Pellengahr,
Sehr geehrter Herr Dr. Gochermann,

im Namen der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stelle ich folgenden Antrag zur erstmaligen Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung:

Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird aufgefordert, gemeinsam mit Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik einen Verein zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Coesfeld zu gründen. Ziel des Vereins soll sein, die gesamte Energieversorgung im Kreis Coesfeld bis zum Jahr 2050 CO₂-frei darzustellen. Die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen werden im Budget 4, Produktgruppe 01.02 Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung bereitgestellt.

Begründung:

Für die Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes des Kreises Coesfeld ist ein Akteursnetzwerk, z.B. in Form eines Vereines, essentiell. Gründungsmitglieder sind der Kreis Coesfeld und die WBC, als weitere Mitglieder kommen die kreisangehörigen Kommunen, Genossenschaftsbanken und Sparkassen, berufsständische Organisationen sowie natürliche und juristische Personen in Betracht.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. *Norbert Vogelpohl*

Sprecher der Kreistagsfraktion

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann verweist sodann auf den zweiten Antrag der Kreistagsfraktion der CDU vom 20.11.2019 „power-to-gas“. Ktabg. Schulze Esking stellt kurz die wesentlichen Inhalte des Antrages vor.

Beschlussvorschlag:

Zur Erstellung der Machbarkeitsstudie „power-to-gas“ wird ein Betrag in Höhe von 25.000 € im Haushalt 2020 veranschlagt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 18 JA-Stimmen
 3 Enthaltung

Bezüglich des Antrages der Kreistagsfraktion der CDU vom 20.11.2019 zur Photovoltaik-Offensive für Kommunalgebäude verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diesen mit dem Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2019 „Förderung der Photovoltaik“ zusammenzufassen. Ktabg. Schulze Esking führt zum Antrag der CDU aus, dass die Tochtergesellschaft des Kreises Coesfeld „Gesellschaft zur Förderung regenerativer Energien mbH (GFC)“ mit der Durchführung der Photovoltaik-Offensive beauftragt werden solle. Nach Kostenschätzung der GFC seien 30.000 € für Ingenieurkosten im Haushalt 2020 zu veranschlagen.

Zu dem Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2019 „Förderung der Photovoltaik“ merkt Kreisdirektor Dr. Tepe an, dass die Einführung eines regionalen „1000-Dächer-Programms“ einen so hohen Aufwand verursachen würde, der mit der aktuellen Personalausstattung mengenmäßig nicht bewältigt werden könne.

Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek führt zum Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN aus, dass es für den Ausbau der E-Mobilität noch weiterer unterstützender Impulse bedarf. Es müsse sich um ein fortlaufendes Projekt handeln. Ladesäulen sollten sowohl Zuhause als auch bei der Arbeit vorhanden sein.

Der Ausschussvorsitzende Prof. Dr. Gochermann ergänzt abschließend, dass im Rahmen der Durchführung des Projektes auch enger Kontakt mit der Wirtschaft gesucht werden müsse.

Beschlussvorschlag:

Für die Durchführung der Photovoltaik-Offensive wird ein Betrag in Höhe von 30.000 € im Haushalt 2020 veranschlagt. Die inhaltliche Ausgestaltung der Projektarbeit wird im Unterausschuss Klimaschutz beraten und festgelegt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: 20 JA-Stimmen
 1 Enthaltung

Sodann wird über den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 27.11.2019 zur Gründung eines Vereines zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Coesfeld beraten. Zur Begründung des Antrages führt Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek aus, dass zwar ein Klimapakt bestehe, allerdings kein Verein existiere, um Geld zu sammeln und in Zusammenarbeit mit Akteuren aus der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik Nachhaltigkeits- bzw. Klimaschutzprojekte umzusetzen. Ein vergleichbarer Verein sei im Kreis Steinfurt gegründet worden. Ktabg. Schulze Esking ist der Meinung, dass der Kreis Coesfeld mit der WFC, der GFC sowie dem Unterausschuss Klimaschutz in diesem Bereich gut aufgestellt sei.

Beschlussvorschlag:

Die Beratung zur Gründung eines Vereins zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Coesfeld erfolgt im Unterausschuss Klimaschutz.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

Anschließend ruft der Ausschussvorsitzende den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 30.11.2019 zur Beratung auf. Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek bittet darum, getrennt über die einzelnen Punkte abzustimmen. Dem stimmt der Ausschussvorsitzende zu.

„1. Für das Klimaschutzmanagement wird im HH 2020 wieder eine ganze Vollzeitstelle eingerichtet. Der Stellenplan wird entsprechend geändert, der Landrat stellt die erforderlichen Finanzmittel in den Haushalt ein.“

Zu Punkt 1 des Antrages erklärt Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek, dass eine halbe Stelle für das Klimaschutzmanagement nicht genug sei. Ktabg. Schulze Esking merkt an, dass bereits derzeit eine Stelle für die Aufgabe zur Verfügung stünde, und zwar eine halbe Stelle bei der Kreisverwaltung und eine halbe Stelle bei der GFC. Angesichts des Stellenzuwachses der letzten Jahre sei eine zusätzliche Stelle nicht leistbar. Kreisdirektor Dr. Tepe und AL Beck weisen darauf hin, dass die Stelle im Bereich Klimaschutz aktuell zur Hälfte besetzt sei durch Frau Holz. Eine weitere Mitarbeiterin, die sich aktuell noch in der Ausbildung befinde, komme für die nächsten zwei Jahre mit einer halben Stelle hinzu, so AL Beck. Eine entsprechende Projektstelle sei befristet für die Dauer der Förderung von zwei Jahren eingerichtet worden. Danach müsse entschieden werden, ob die Stelle dauerhaft bestehen bleiben solle. AL Beck macht schließlich auf die Gefahr aufmerksam, dass sich die sofortige Einrichtung einer Planstelle als förderschädlich erweisen könnte. Anschließend modifiziert Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek den Antrag. Danach solle der Antrag zunächst im Unterausschuss Klimaschutz beraten werden.

„2. Im Haushalt 2020 werden die ordentlichen Aufwendungen, im Rahmen eines globalen Minderaufwandes, um 900.000 € gekürzt.“

Zu Punkt 2 des Antrages führt Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek ergänzend aus, dass die Haushaltsergebnisse in den vergangenen Jahren meist 2 bis 3 Millionen Euro besser als geplant ausgefallen seien. Der Finanzbericht zum 31.08.2019 weise zudem eine erhebliche Verbesserung auf. Ktabg. Schulze Esking merkt an, dass es darum gehe, die Kreisumlage allgemein zu senken, um die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu entlasten. Gegebenenfalls könne man aus der Auflösung von Rückstellungen Ergebnisverbesserungen erzielen. Ktabg. Rampe weist in diesem Zusammenhang vorläufig auf das Ziel der SPD hin, die Kreisumlage um 3 Millionen Euro senken zu wollen, da man in den letzten Jahren immer ein besseres Ergebnis erzielt habe, als geplant. Für Ktabg. Wessels sei die Zielrichtung einer weiteren Absenkung der allgemeinen Kreisumlage in Ordnung. Allerdings sei hierbei eine differenzierte Herangehensweise in Betracht zu ziehen, die bei der Berücksichtigung eines globalen Minderaufwands nicht gewährleistet wäre. Es sei aus seiner Sicht besser, zum Beispiel gezielt zwei oder drei Haushaltspositionen zu reduzieren. Beispielsweise sei geplant, die aus der Auflösung von Rückstellungen verfügbaren Mittel zu verwenden. Ktabg. Kunstlewe merkt an, dass die Verwendung dieser Mittel über die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage möglich sei. Sachkundige Bürgerin Dr. Spallek erklärt, dass man einen fiktiven Haushaltsausgleich nutzen könne, die Fehlplanungen der vergangenen Jahre auszugleichen. Das Instrument des globalen Minderaufwand könne man wiederum dazu nutzen, die Planung für das Haushaltsjahr 2020 zu verbessern und somit ein Signal an die Kommunen zu senden. Ktabg. Löcken weist darauf hin, dass ihm der vorliegende Antrag etwas widersprüchlich vorkommt, zumal seitens der Fraktionen BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in der Vergangenheit oftmals die niedrige Ei-